

# Fragebogenaktion zum Lärmschutzwall

## Gemeinderat Weingarten will sich Entscheidung vorbehalten / Ausschreibung eventuell nach der Sommerpause

**Weingarten** (ml). Auch den zweiten Schritt in Richtung Lärmschutzwall hat der Gemeinderat vollzogen, aber noch ist nichts Endgültiges beschlossen. In der Dezembersitzung 2013 kam der Gedanke auf, den Wall näher an die Autobahn zu rücken, nachdem mit dem Ausbau der vierten Fahrspur nicht mehr zu rechnen ist.

Eine Untersuchung dieser „Variante B“ durch ein Ingenieurbüro hatte ergeben, dass diese Variante auf eine Summe von 440 000 Euro gegenüber der bereits genehmigten Planung „A“ von 220 000 Euro käme. Diese Mehrkosten hätte die Gemeinde allein zu tragen. Das sei aus haushaltstechnischen Gründen nicht möglich und zudem berge eine Neuplanung die Gefahr von zusätzlichen Hür-

den, beispielsweise durch den Naturschutz, erklärte Bürgermeister Eric Bänziger.

Somit soll diese Überlegung nicht weiter verfolgt werden. Vielmehr soll das Büro Fader jetzt mit der weiteren Planung der Abwicklung beauftragt werden. Von Bedeutung sei dabei, dass so wenig wie möglich Lkw-Verkehr durch die Waldbrücke geführt werde. Das könnte durch eine Zufahrt über die A 5 mit direkter Anbindung beim Parkplatz Höfenschlag erfolgen, die Abfahrt führe dann über die L 559 und die K 3539. Diese Möglichkeit werde dann die Grundlage der Ausschreibung des

Gesamtbauwerks bilden. Sind die Abwicklungsplanung, die Zu- und Abfahrten sowie die zeitlichen Abläufe ermittelt, sollen die Bewohner der Waldbrücke befragt werden, wer unter diesen Umständen für den Bau eines Lärm-

---

### Weniger Lkw-Verkehr durch die Waldbrücke

---

schutzwalls sei und wer dagegen. In der Sitzung am 2. Juni solle der Gemeinderat über die Ergebnisse der Planung und des Fragebogens beraten und beschließen, ob eine Ausschreibung erfolgen soll oder nicht. Wenn ja, dann soll sie nach der Sommerpause getätigt werden. Liegen dann die Ergebnisse der Ausschreibung vor, wird der Gemeinderat am 1. Dezember erneut beraten und

dann beschließen, ob der Wall gebaut wird oder nicht und – wenn ja – die Arbeiten vergeben. Grundsätzlich geht die Gemeinde davon aus, dass dies kostenneutral erfolgen kann, wenn nicht, ist gesondert Beschluss zu fassen. Ihre Zustimmung zu diesem Vorhaben gaben die CDU-Fraktion, die WBB, die SPD und die Freien Wähler. Die Grünen stimmten der Vorgehensweise zu, „um über die Kosten informiert zu sein“ und die FDP-Fraktion stimmte dagegen. Er gebe keine Zustimmung zum Bau eines Walls, sagte Klaus Holzmüller. Der Bund sei dafür zuständig und nicht die Gemeinde, es werde sehr viel Wald abgeholzt und die bereits bezahlten Ausgleichsflächen könnten auch für andere Bauvorhaben verwendet werden.